

Confidencial, 7.3.19

Ortega beauftragt den Staat, BanCorp für 23 Millionen US-Dollar zu kaufen

Die Regierung von Daniel Ortega hat der Nationalversammlung im Rahmen eines Dringlichkeitsverfahrens einen Gesetzentwurf übermittelt, der es ihr ermöglichen würde, die Unternehmensbank (BanCorp) für einen Betrag von 743,1 Millionen Cordobas zu kaufen, die innerhalb von fünf Jahren mit Anleihen zahlbar sind, um sie in eine öffentliche Einrichtung namens Nationalbank umzuwandeln.

Nur wenige Stunden später genehmigte die Versammlung, die von Ortegismo kontrolliert wurde, den Kauf mit 70 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

BanCorp ist Teil des von Ortega und seinen Partnern (Venezuela und Nicaragua) ins Leben gerufenen Plans, die offizielle Zusammenarbeit dieses südamerikanischen Landes zu ihren Gunsten zu privatisieren, die nach offiziellen Angaben der Zentralbank von Nicaragua (BCN) in wenig mehr als einem Jahrzehnt 4 Milliarden Dollar überstieg.

Die Bank befindet sich im Besitz der Alba de Nicaragua S. A. (Albanisa, die wiederum mehrheitlich im Besitz der Petróleos de Venezuela S. ist). A. , beide von den Vereinigten Staaten sanktioniert), wurde BanCorp ebenfalls mit der gleichen finanziellen Strafe belegt.

Das plötzliche Kaufangebot wird eher als eine Strategie interpretiert, um diesen Sanktionen zu entkommen, so wie es auch mit dem Netz von Tankstellen im Besitz von DNP Petronic geschieht, das zu einer weißen Flagge wurde, um sie aus den Augen der US-Exekutive zu entfernen.

Die Entscheidung der Abgeordneten der Sandinista National Liberation Front (FSLN) wurde von den liberalen und konservativen Abgeordneten kritisiert, von denen einige den Kauf als „unnötig“; bezeichneten, andere deuteten an, dass dahinter illegale Aktionen stecken könnten.

Die Abgeordneten der FSLN behaupteten, dass das Kreditportfolio der Bancorp, das nach Ortegas Vorschlag nur 10% ihrer Gewinne an den Staat Nicaragua „übertragen“ kann, zur Finanzierung der von der Krise betroffenen landwirtschaftlichen Erzeuger verwendet wird.

Die Erklärung überzeugte die Abgeordneten der Unabhängigen Liberalen Partei (SPS) und der Konservativen Partei (PC) nicht.

Der Kauf „ist außergewöhnlich, es hätte zuerst eine Prüfung der Bank geben müssen (...) Sie müssen sich die Rechtmäßigkeit der Transaktion ansehen, es wurden keine Garantien gegeben“, sagte der Leiter der PLC-Bank, Jimmy Blandón, während der Debatte.

Sie behaupteten auch, dass die Transaktion nicht von der Superintendencia de Bancos y de Otras Instituciones Financieras, Siboif) geprüft wurde, die sich der Beendigung unregelmäßiger Handlungen widmet; der „Dringlichkeitscharakter“; erlaubt es jedoch der Exekutive und dem Gesetzgeber, direkt zu handeln.

<https://confidencial.com.ni/ortega-ordena-que-le-compren-el-bancorp-por-usd23-millones/>

Confidencial, 8.3.19

Nicaraguanische Bischöfe lehnen die Einladung zur Teilnahme an Verhandlungen zwischen Regierung und Alianza Cívica ab

Die Bischöfe der nicaraguanischen Bischofskonferenz (CEN) lehnten am Freitag die Einladung zur Teilnahme am Verhandlungstisch ab, zu dem sie von den Vertretern des Regimes von Daniel Ortega und der Bürgerlichen Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie eingeladen wurden. In einer Erklärung vom Freitag sagten die Bischöfe, dass es die Laien sein sollten, „die die direkte Verantwortung für die Leitung der zeitlichen Angelegenheiten der Nation zu diesem Zeitpunkt übernehmen“. „Wir hoffen, dass diese Verhandlungen den Geist der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit haben werden“, sagte der NLC.

Trotz der Ablehnung der Einladung versicherten die Bischöfe, dass ihr größter Beitrag „weiterhin darin bestehen wird, das Volk in seinen Leiden und Schmerzen, in seinen Hoffnungen und Freuden zu begleiten und unsere Fürbitten zu erheben, damit Nicaragua zivilisierte und gerechte Veränderungen für eine friedliche Lösung im Hinblick auf das Gemeinwohl finden kann“.

Eliseo Núñez, ein politischer Analyst, sagte, die Entscheidung der Ordensleute sei verständlich, weil Ortega sie so behandelt habe: „Das letzte Mal, als er sie mit einem roten Teppich, mit einem Brief einlud, packte er sie dann mit verbalen und körperlichen Schlägen und offensichtlich, jetzt, da er sie widerwillig einlädt, haben sie ein großes Misstrauen gegenüber Ortega“; sagte er. Núñez glaubt jedoch, dass der Ball in den Händen der Regierung liegt. „Wenn sie will, dass die Bischöfe zum Dialog zurückkehren, muss sie eine echte Dialogbereitschaft mit konkreten Maßnahmen wie der Freilassung der Gefangenen und der Rückgabe verletzter Freiheiten zeigen“; schlug er vor.

<https://confidencial.com.ni/obispos-dicen-no-y-la-negociacion-entra-en-impase/>

La Prensa, 8.3.19

Delegation der Bauernbewegung zieht sich aus der Alianza Cívica zurück

Am Freitag zog der Nationalrat für die Verteidigung von Land, See und Souveränität die Delegation der Bauernbewegung, die an den Verhandlungen mit der Regierung teilnahm, aus dem Bürgerbündnis für Gerechtigkeit und Demokratie zurück.

Dies wurde von der Bauernbewegung durch einen Brief berichtet, der direkt an die Bürgerallianz geschickt wurde, wo sie erklärt, dass „unsere inhaltlichen Punkte nicht gehört wurden“.

Die Entscheidung der Bauernbewegung kommt Stunden nachdem die nicaraguanische Bischofskonferenz (CEN) die Einladung der Regierung und des Bürgerbündnisses, als Zeugen in den Verhandlungen zu fungieren, abgelehnt hat.

Die Bauernbewegung versicherte auch, dass ihre Teilnahme an jedem Dialogtisch „wirklich integrativ“; sein muss, und forderte die Bürgerallianz auf, „ihre Haltung und Behandlung unserer Bewegung zu überdenken und ihre Vorgehensweise neu auszurichten“.

<https://www.laprensa.com.ni/2019/03/08/nacionales/2531681-delegacion-del-movimiento-campesino-se-retira-de-la-alianza-civica>

La Prensa, 9.3.19

UNAB unterstützt Entscheidung der Bischöfe

Die Unidad Azul y Blanco (UNAB) unterstützte am Samstag den Beschluss der Bischofskonferenz von Nicaragua (CEN), nicht an dem Verhandlungstisch teilzunehmen, an dem Vertreter der Regierung von Nicaragua und der Bürgerlichen Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie (Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia) teilnahmen.

Die UNAB versichert durch eine Erklärung, dass es sich um einen „Akt der Ernsthaftigkeit und Würde“ seitens der Bischöfe handelt, die der Einladung gefolgt sind, Zeugen am Tisch zu sein.

Sie fügt hinzu, dass das Regime zu Verhandlungen aufgerufen hat, die einen falschen Willen zeigten, dass es nach acht Sitzungen keiner der Forderungen des Bürgerbündnisses nachgekommen ist. „Benutzen Sie die Dialogtabelle als Deckmantel, um das Land weiter zu demontieren“, fügt der Brief hinzu.

Die Organisation behauptet, dass „ein ernsthafter Dialog nur mit der vermittelnden NEC, der Präsenz internationaler Garanten von Anfang an und der Rückkehr von IACHR, MESENI, GIEI und OHCHR glaubwürdig sein kann“, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, „unverzüglich mit der Demokratischen Charta der OAS fortzufahren“.

<https://www.laprensa.com.ni/2019/03/09/politica/2531900-unab-respalda-decision-de-la-conferencia-episcopal-sobre-su-participacion-en-el-dialogo-nacional>

La Prensa, 9.3.19

Das Regime enthüllt seine Agenda für den Dialog

In einem offiziellen Kommuniqué des Außenministeriums der Republik bietet das Regime fünf Themen zur Diskussion an, von denen der erste die Wahlreformen für „faire und transparente“ Wahlen bis 2021 in Begleitung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ist. „Stärkung der Wahlinstitutionen in Nicaragua durch die Umsetzung der Empfehlungen der Wahlbegleitungsmission der OAS und Vorschläge für Wahlreformen zur Verbesserung freier, fairer und transparenter Wahlverfahren“.

Das Regime bietet an, über „Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“ zu diskutieren und die Akten der inhaftierten Demonstranten zu überprüfen. Ohne sie jedoch als politische Gefangene anzuerkennen, sondern um ihren Status als gewöhnliche Kriminelle zu bekräftigen: „Freilassung der Gefangenen im Rahmen von Straftaten, die seit April 2018 gegen den Staat Nicaragua, die noch nicht verhandelt wurden, und die Gerichte verübt wurden. Ihre Akten werden überprüft, eine Situation, die nicht zu Straflosigkeit führt“.

Die Diktatur schlägt auch vor, die seit April 2018 den Nicaraguanern genommenen Verfassungsrechte zu diskutieren, ohne sie jedoch zu zitieren oder als von der Ortega-Murillo-Administration verletzte Rechte anzuerkennen: „Die in der politischen Verfassung der Republik verankerten Freiheiten, Rechte und Garantien weiter zu stärken“, sagt das Außenministerium.

Und die letzten beiden Punkte seiner am Samstag veröffentlichten Tagesordnung sind die Aussetzung der internationalen Sanktionen gegen Beamte, die an Korruptionsakten und Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. „Internationale Anstrengungen zu unternehmen, um Unterstützung für die Umsetzung der endgültigen Verhandlungsabkommen zu erhalten, und die

internationale Gemeinschaft aufzufordern, alle Sanktionen gegen das nicaraguanische Volk auszusetzen, um das Recht auf menschliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nicaragua zu erleichtern und die schwächsten Bevölkerungsgruppen zu begünstigen“, heißt es im Dokument orteguista. Die Sanktionen galten jedoch insbesondere gegen Beamte, die der Korruption und Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wurden: Rosario Murillo Zambrana, Roberto Rivas Reyes, Fidel Moreno Briones, Francisco López Centeno, Francisco Díaz Madriz, Néstor Moncada Lau und gegen die mit der PDVSA verbundenen Unternehmen Albanisa und Bancorp.

José Pallais Arana, Unterhändler der Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, sagte, das vom Ortega-Regime enthüllte Dokument sei eine zweite Version seiner vorgeschlagenen Agenda. „Es ist nicht die konsensuale Agenda, und diese zweite Version ist weit davon entfernt, dem Vorschlag der Bürgerallianz zu entsprechen, die über die Rückgabe von Rechten und Garantien und die Freilassung politischer Gefangener spricht und auch über die Durchführung von Wahlen“, sagt Pallais.

Der Jurist versicherte auch, dass die Position des Regimes besagt, dass es nicht versucht, den von der Bürgerallianz vorgeschlagenen Konsens anzunähern, sondern seine Interessen durchzusetzen. „Sie sagen, dass sie vorgezogene Wahlen nicht akzeptieren, und wir bestehen darauf, dass dies verhandelt werden sollte, weshalb das Einzige, was sie mit dieser Position öffentlich gemacht haben, darin besteht, dass der Konsens immer noch schwierig zu erreichen ist, dass es den Anschein hat, dass die Positionen immer noch sehr weit entfernt zwischen unseren und ihren Vorschlägen liegen“, sagt Pallais.

Nach Ansicht des Mitglieds der Bürgerallianz mit der Position des Regimes „gibt es keinen vorhersehbaren Willen, sich den Forderungen zu nähern“, vor allem „dem von uns geforderten Wahlvorlauf, den das Regime ablehnt“. Das Mitglied des Verhandlungstisches erklärte, dass sie am Wochenende mit verschiedenen Sektoren des Landes sprechen, um festzustellen, ob sie die Verhandlungen mit dem Ortega-Regime fortsetzen oder sich endgültig aus ihnen zurückziehen. „Aber um eine positive Entscheidung zu treffen, brauchen wir die Regierung, um Gesten zu machen, die der Verhandlung Legitimität und Anerkennung verleihen und den Dialog wieder aufnehmen oder die Verhandlungen vorübergehend aussetzen“, sagte Pallais.

<https://www.laprensa.com.ni/2019/03/09/politica/2531773-agenda-del-orteguismo-no-hay-adelanto-de-elecciones-y-buscan-frenar-sanciones>

La Prensa, 10.3.

Alianza Cívica nimmt Verhandlungen erst wieder auf, wenn Ortega guten Willen zur Lösung zeigt

Die Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie (Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, ACJD) hat in einem Kommuniqué ihren Rückzug vom Verhandlungstisch bekannt gegeben, bis das Regime guten Willen zeigt, integrale Lösungen für die gesellschaftspolitische Krise zu finden, in der Nicaragua seit April letzten Jahres steckt.

In dem Kommuniqué heißt es, dass Ortega konkrete Zeichen setzen muss, wie: die Freiheit der politischen Gefangenen, ein Ende der Repressionen und Entführungen, die uneingeschränkte Einhaltung und Einhaltung der internationalen Normen für die Behandlung politischer Gefangener, einschließlich des Verbots grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, und die rasche Bereitstellung medizinischer Hilfe für Gefangene sowie ein Ende der Schikanen gegenüber den Familien der Häftlinge.

Die ACJD kündigte an, dass sie ihren internen und externen Konsultationsprozess mit verschiedenen Akteuren fortsetzen wird, darunter Familienangehörige von politischen Gefangenen und verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen.

Während das Bündnis mit einer Regimekommission verhandelte, ging durch Ortega die Verfolgung, Verhaftung und Entführung von Personen, die im Verdacht standen, in der Opposition zu stehen weiter; genehmigte er die schädlichen Reformen der sozialen Sicherheit sowie eine drakonische Steuerreform, die die allgemeine Bevölkerung betrifft, zusammen mit dem erzwungenen und obskuren Verkauf der Bancorp, die von den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt ist und vom Staat im Auftrag von Ortega und seiner Partnerin Rosario Murillo Zambrana erworben wurde.

<https://www.laprensa.com.ni/2019/03/10/politica/2531988-alianza-civica-no-se-presentara-este-lunes-mesa-de-negociaciones-hasta-que-ortega-de-muestras-de-buena-voluntad>

La Prensa, 11.3.

Die Einrichtungen der Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Medien, die vom Regime von Daniel Ortega durchsucht und beschlagnahmt wurden, die meisten davon im Dezember 2018, bleiben unter seiner Kontrolle und mit polizeilicher Überwachung in jedem Büro, um sicherzustellen, dass niemand sonst eintreten kann. *La Prensa* machte sich ein Bild von der Situation.

<https://www.laprensa.com.ni/2019/03/11/nacionales/2532074-oficinas-de-organizaciones-asaltadas-siguen-en-manos-del-regimen-de-daniel-ortega>